

## **Veranstaltungsreport: Dr. Jenő Kaltenbach an der AUB**

Das Projekt DALEC (Danube-Network lecture) ist eine Kooperationsveranstaltung mit dem Donaubüro Ulm/Neu-Ulm als Koordinator, dem Zentrum für Allgemeine Wissenschaftliche Weiterbildung (ZAWiW) der Universität Ulm sowie internationalen Kooperationspartnern, wie der Kirchlichen Pädagogische Hochschule Wien/Krems, der Universität Belgrad, der Universität Craiova, der Universität Ruse „Angel Kanchev“, dem Danube Youth Citizen Network, Institutionen der Kultur- und Erwachsenenbildung und deutschsprachigen Gymnasien in Deutschland, Österreich, Ungarn, Rumänien und Serbien. Das DALEC Projekt ist finanziell gefördert von der Baden-Württemberg Stiftung.

Die Andrassy Universität Budapest (AUB) ist ein Partner in diesem Projekt und hat sich verpflichtet alle Vorlesungen im Rahmen der Online-Vorlesungsreihe mithilfe des Internetportal DFNVC-Webkonferenzen an die AUB zu übertragen, sowie am 9. Mai 2012 eine Veranstaltung an der AUB abzuhalten.

Der fünfte Vortrag im Rahmen der Ringvorlesung wurde am 9. Mai 2012, dem Europatag, an der Andrassy Universität Budapest abgehalten und über das DFNVC-Online-Portal an die anderen Partneruniversitäten übertragen. Vortragender war Dr. Jenő Kaltenbach, der zum Thema „Demokratische Werte und Rechte der Minderheiten“ referierte.

Ausgehend von philosophischen Überlegungen über den Gesellschaftsvertrag, der das Zusammenleben der Menschen regeln sollte, der Definition der deliberativen Demokratie nach Habermas, ging Dr. Kaltenbach auf die Menschen- und Grundrechte ein, den Grundelemente der Demokratie. Das zeitlich später entwickelte Konzept der Nation, dessen Ziel die Entstehung einer einheitlichen politischen Gemeinschaft hätte sein sollen und von Eliten geschaffen wurde, war ursprünglich als „Abstammungsnation“ oder Kultur- und Sprachgemeinschaft zu verstehen. Im Gegensatz dazu war es schwieriger sich auf eine Definition von Minderheiten bzw. Volksgruppen, die innerhalb eines Nationalstaates leben, zu einigen.

Nach dem theoretischen und allgemeinen Teil seines Vortrags konzentrierte sich Dr. Kaltenbach auf die rechtlichen Grundlagen des Minderheitenschutzes. Ein in Europa einheitlicher Standard des Minderheitenschutzes gibt es laut Dr. Kaltenbach nicht bzw. sei dieser lückenhaft. Wichtiger ist, sich als Nation die Frage zu stellen, ob die Minderheitengruppen im Staat integriert sind. Unter Integration ist die möglichst reibungslose Eingliederung sowohl der Angehörigen von Minderheiten, als auch die Gemeinschaft als solche zu verstehen. Das demokratische Rechtssystem eines Staates muss die Minderheitenrechten in ihr Regelwerk aufnehmen können und sich dementsprechend anpassen. Unter relevante Minderheitenrechte fallen u.a. das Vereins- und Versammlungsrecht

für Minderheiten, die Regelung der Beziehung zwischen Staat und Minderheit (Mitbestimmung, Autonomie, Selbstverwaltung), institutionelle Garantien zur Bewahrung der Identität (Bildung, Kultur, Sprache, Medien), Recht auf Gleichbehandlung sowie ein Rechtsschutz für Minderheiten.

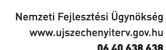
In Ungarn sind die nationalen und ethnischen Minderheiten rechtlich anerkannt und werden im ungarischen Gesetz über die Rechte nationaler und ethnischer Minderheiten als „staatsbildende Faktoren“ (§ 68, (1)) definiert. Auch die Versammlungsfreiheit und die Gründung von politischen und gesellschaftlichen Organisationen werden nicht infrage gestellt, jedoch inwieweit der ungarische Gesetzgeber gewillt ist, die politische Aktivität der Minderheiten durch Vergünstigungen beim Wahlrecht zu fördern und dadurch ihre gesellschaftliche Integration voranzutreiben. In Ungarn wurde eine Reihe von institutionellen Mitbestimmungsmöglichkeiten für Minderheiten eingerichtet. Konzepte der kulturellen und politischen Autonomie werden immer wieder als Möglichkeit diskutiert ethnischen und nationalen Minderheiten Selbstverwaltung zu zugestehen, doch sollte der Fokus auf die politische und gesellschaftliche Mitbestimmung gelegt werden. Die Bewahrung der Identität ist ein Grundanliegen der Minderheiten. Fragen der Bildung, kulturellen Eigenart und Sprachgebrauch sowie zweisprachiger Unterricht in Schulen, sind Schlüsselfragen für die Minderheiten. Medien spielen bei der Bewahrung der Identität eine entscheidende Rolle und sollen deshalb nicht auf eine alleinige Verwendung der ungarischen Sprache beschränkt werden. Medien fördern die Assimilation der Minderheiten in Ungarn und die sprachlich-kulturelle Vielfalt der ungarischen Gesellschaft. Das Recht auf Gleichbehandlung ist, wie bereits anfangs erwähnt wurde, ein demokratisches Grundrecht jedes Bürgers und sollte somit auch als ein Grundrecht für Mitglieder von ethnischen und nationalen Minderheiten Anwendung finden. Doch auch die europäischen und ungarischen gesetzlichen Richtlinien können die realen Probleme, Vorurteile und Hassreden nicht verhindern, jedoch bieten sie rechtlichen Schutz.

Damit beendete Dr. Kaltenbach seinen Vortrag und beantwortete Fragen des Publikums.

#### **Zur Person:**

*Dr. Jenő Kaltenbach ist seit 1997 Mitglied des "Council of Europe's Commission against Racism and Intolerance (ECRI)", Straßburg, Frankreich und war 1998 bis 2003 Erster Vizevorsitzender des ECRI's. Von 2008 bis Juli 2010 war er Vorsitzender der unabhängigen Polizei-Beschwerdestelle des ungarischen Parlaments. Von 2005 bis 2007 hatte er die Position des Vizepräsidenten am Europäischen Ombudsman Instituts in Innsbruck, Österreich inne und von 1997 bis 2003 war er stellvertretendes Mitglied des Management Boards des „European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia“, Wien, Österreich. Von Juli 1995 bis Juni 2007 war er parlamentarischer Kommissär für die Rechte der nationalen und ethnischen Minderheiten in Ungarn.*

*Dr. Jenő Kaltenbach absolvierte seine universitäre Ausbildung in Ungarn und Deutschland. Er studierte an der József Attila Universität in Szeged und mit einem Stipendium der Friedrich Ebert-Stiftung an der Universität in Regensburg. Seit 1999 unterrichtet er an der "Loránd Eötvös" Universität / ELTE.*



A projektek az Európai Unió támogatásával, az Európai Szociális Alap társfinanszírozásával valósulnak meg.